

# Der Steinmetz-Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Steinmetzstraße 14.

Verantwortlicher Redakteur:

Othmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Steinmetzstraße 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin,

Steinmetzstraße 14.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31

Sonnabend, den 5. August 1899.

3. Jahrg.

## Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Der Ausstand im Bezirk Bunzlau, Schlesien sowie Berlin dauert unverändert fort. — In Bunzlau sind Einigungsversuche unter Leitung des Magistrats sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer angebahnt, jedoch an der Hartnäckigkeit der Meister gescheitert. In Berlin wurden die anbahnenden Verhandlungen der Ausständigen von Seiten der Innung bis jetzt unbeachtet gelassen.

Der Ausstand der Steinarbeiter in Breslau bei der Firma Zeidler u. Wimmel, welche sich mit Bunzlau und Berlin solidarisch erklärten, dauert fort. In Dessau wurde unterm 28. Juli auf einem der Firma Zeidler-Berlin gehörenden Neubau, da den Steinarbeitern zugemutet wurde, halbfertige Werkstücke, welche aus oben genannten Bezirken kamen, fertig zu stellen, die Arbeit niedergelegt.

Blauberg, Bayern traten 140 Mann in den Ausstand, weil die Leiter der neu gegründeten Organisation gemäßigter wurden.

Aus Rehlheim ersuchen uns die Kollegen, den Zugang fern zu halten.

In Gröba bei Riesa mußten die organisierten Steinarbeiter anderweit Arbeit suchen, indem ein Polier mit 15 bayerischen Steinarbeitern seinen Einzug hielt.

In Freiburg i. Breisgau ist der Ausstand zu Gunsten der organisierten Steinarbeiter erledigt.

Der Ausstand der Marmorarbeiter in Köln a. Rh. dauert fort, die Sperre über die Firma Porzelt daselbst bleibt bestehen.

In Lohnbewegung stehen die Steinarbeiter von Seppenheim und die Marmorarbeiter Berlins.

Desgleichen bleibt die Sperre am Kasernenbau in Mannheim bestehen.

## Die Berliner Steinmetz-Innung und die ausländigen Steinarbeiter.

„Fivol und rücksichtslos“ sei der Streik, den die Steinarbeiter in Bunzlau und Berlin am 13. und 24. Juli proklamirt, und die vereinbarten Tarife, welche bis 1. März 1900 bestanden, gebrochen. Ja, man ging sogar soweit, daß man in der Innungsversammlung der Herren Steinmetzmeister von Berlin behauptete, die Steinarbeiter hätten sich eines Kontraktbruches schuldig gemacht.

Diese Notiz, welche man noch gehörig ausschmückte und es an falschen Thatsachen nicht fehlen ließ, wurde denn auch in den bürgerlichen Zeitungen durch die Steinmetz-Innung bekannt gegeben, um die öffentliche Meinung zu gewinnen und die Steinmetzen zu discrediren.

Ganz außergewöhnliches leistet dabei die Bauwerkszeitung, dessen geistiger Leiter der Oberscharmacher und Baumeister Herr Jelsch ist. Selbiger schreibt unterm 29. Juli:

„Die Steinmetzen haben die Arbeit niedergelegt, weil ihnen nicht achtsündige Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn bewilligt worden sind. Wenn diese Forderung durchgedrückt ist, so sollen, wie uns berichtet wird, 7 stündige Arbeitszeit und 1 Mk. Stundenlohn gefordert werden.“

Wir haben Herrn Jelsch seine Schreibweise schon oft gekennzeichnet, und es wundert uns deshalb nicht, wenn in den Kreisen, welchen Herr Jelsch angehört, Zweifel entstehen, daß die geistige Arbeit, sowie die Herbeischaffung von Material für die Buchthausvorlage zur zweiten Lesung ihn wohl zu sehr anstrengt, um alles verantworten zu können, was die „Bauwerkszeitung“, welche er redigirt, veröffentlicht.

Wie es nun mit dem Kontraktbruch steht, so können die Steinarbeiter von Bunzlau konstatiren, daß die Herren Steinmetzmeister von Bunzlau, welche zugleich dieselben von Berlin sind, den bestehenden, bis zum 1. März 1900 gültigen Tarif ununterbrochen zu Ungunsten der beschäftigten Steinarbeiter reduziert, mithin gebrochen haben. Es wird deshalb von Seiten der Steinarbeiter ein derartiger Innungsausdruck, welcher in die Welt hinausposaunt wird, da derselbe der Wahrheit nicht entspricht, entschieden zurückgewiesen.

Daß ferner die geplanten Einigungsversuche an der Hartnäckigkeit der Herren Steinmetzmeister scheiterten, dürfte den organisierten Steinarbeitern Deutschlands ebenfalls genügend bekannt sein, denn wer kennt nicht die Firmen von Berlin und Bunzlau mit ihren Polieren, welche Handlangerdienste ausführen müssen. Und wie oft die Herren Techniker, Werkführer und Poliere in einzelnen Betrieben ihr Tätigkeitsgebiet wechseln, ersehen wir aus dem Verbandsorgan, den „Deutschen Steinbildhauer“.

Kommen wir nun auf den Berliner Ausstand, so hielten die Steinmetzen es als Ehrenpflicht, sich mit ihren Kollegen in Bunzlau solidarisch zu erklären. Man handelte jedoch auch hier nicht frivol und rücksichtslos, sondern der gewählte und von der Innung anerkannte Gesellen-Ausschuß, legte es den Meistern in ruhiger und sachlicher Weise vor und setzte einen Termin fest, an dem die Herren Meister uns ihren Bescheid zukommen lassen sollten.

Aber auch hier, weil man es ja mit denselben Unternehmern resp. Steinmetzmeistern wie in Bunzlau zu thun hat, scheiterte die Sache an der Hartnäckigkeit jener Herren, welche nicht genug herumprahlen können von Zuverlässigkeit und Entgegenkommen für ihre Arbeiter und der Bescheid erfolgte nicht.

Der Kontrakt- oder Wortbruch kann nun den Berliner Steinmetzen erst recht nicht vorgeworfen werden, denn hier liegen die Dinge so: Am 1. März 1896 wurde ein Tarif laut Unterschrift von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkannt, welcher 2 Jahre, bis Ende Februar 1898, Gültigkeit hatte.

Die 1898 geführten Tarifverhandlungen haben zu keinem endgültigen Resultat geführt, vielmehr wurden die Forderungen der Berliner Steinmetzen, allgemeiner Tageslohn, Mindestlohn 70 Pf. pro Stunde, achtsündige Arbeitszeit, mit der Begründung zurückgewiesen, die Zeiten wären zu schlecht.

Auch von Tarifbruch kann nicht die Rede sein, da die Innung, welche den Tarif unterschrieben hat, sich im Oktober 1897 auflöste, den damaligen Gesellen-Ausschuß nicht einmal davon in Kenntniß setzte und die zur Zeit bestehende von den Steinmetzen Berlins mit aufgebracht Gelder der Innungs-Krankenkasse dem Magistrat von Berlin überwies, und mit der jetzt neugebildeten Innung überhaupt noch keinerlei schriftliche Abmachungen getroffen sind.

Infolgedessen haben die Steinmetzen Berlins die im Frühjahr 1898 zurückgestellte Forderung, welche wohl aufgeschoben aber nicht aufgehoben, von neuem

aufgestellt. Selbige ist nun von den Meistern rundweg abgelehnt mit der Erklärung, im Januar 1900 mit uns darüber verhandeln zu wollen. Also zu einer Zeit, wo durch Witterungsverhältnisse die Arbeiten sozusagen ruhen.

Wenn nun die Herren Berliner Steinmetzmeister glauben, daß die Steinmetzen von Berlin und des Bunzlauer Distriktes, welche es an anbahnenden Verhandlungen nicht fehlen gelassen haben, unter diesen Umständen die Arbeit aufnehmen werden, so täuschen sie sich. Geschlossen und einmütig wie nie zuvor sind die Steinarbeiter des Bezirkes Bunzlau und Berlins in den Kampf, welchen nur allein die Meister durch ihr ablehnendes Verhalten herbeigeführt haben, getreten. Geschlossen und durch die stattgefundenen Versammlungen, in welchen eingehend auf die Opfer, welche durch einen Ausstand herbeigeführt von den Rednern Bezug genommen wurde, werden die ausländigen Steinarbeiter den Kampf auch zu Ende führen.

Daß die gestellten Forderungen den Verhältnissen entsprechend und angepaßt sind, beweist uns: 1. der Aufschwung des Kapitals in der Steinindustrie, sowie die unerschwinglichen von Jahr zu Jahr steigenden Wohnungsmiethen, die Vertheuerungen der Lebensmittel, die indirekten, sowie Staats- und Gemeindesteuern; 2. unsere Statistik mit dem Durchschnittsalter von 29 Jahren, die lange Krankheitsdauer und der durch einzelne Gewerbe-Inspektoren anerkannte ungenügende Verdienst, sowie die Einführung der achtsündigen Arbeitszeit und Tageslohn in unserem schädlichen Berufe.

Dies sind die Forderungen, welche auf Grund der Ausführungen von Staatsbeamten, von den Berliner Steinmetzen ihren Arbeitgebern vorgelegt wurden. Sie sind auch erfüllbar, da jetzt schon zwei Drittel der Berliner Steinmetzen im Tageslohn gearbeitet und zum Theil auch einen Stundenlohn von 70 Pf. und darüber erhalten haben.

Deshalb, Ihr Steinarbeiter und Kollegen Deutschlands, kommt den ausländigen Steinarbeitern durch Euren Beitrag zu Hilfe, damit selbige in der Lage sind auszuharren, denn der Sieg im Bezirk Bunzlau und Berlin ist auch Euer Sieg.

## Achtung, Vertrauensleute!

Es liegt jedenfalls im Interesse der Organisation, wenn die Geschäftsleitung eine Zählung der Steinarbeiter Deutschlands vornehmen will.

Bedauerlich ist es aber, daß die Vertrauensleute verschiedener Orte kein Material einsenden, trotzdem es ihnen, durch Zusendung von vorgegedruckten Zählkarten, welche nur auszufüllen sind, erleichtert worden ist. — Der Zweck der Zählung wird dadurch illusorisch gemacht, denn die Berechnung ist, wenn von ca. 190 Orten nur 80 die Resultate einsenden, nicht maßgebend, es läßt sich daraus kein genaues Bild über die beschäftigten Steinarbeiter und deren Zugehörigkeit zur Organisation geben.

Ich möchte daher die Vertrauensleute der Orte, von welchen kein Material vorliegt, nochmals ersuchen, im allgemeinen Interesse, die Resultate der Zählung ihres Ortes sofort einzusenden.

P. Mitschke.

nothwendig ist der Ausdruck aber dann, wenn der Strom der Debatte etwas über die Ufer getreten ist und sich ins Endlose zu verlieren droht, was öfter vorkommt, damit eine derartige Verhandlung auf die Uneingeweihten nicht lediglich abstoßend wirkt und gegen die Neigung, sich aufnehmen zu lassen, nicht ein bequemer Vorwand geliefert werden kann. Aber auch viele gute Mitglieder können bekanntlich durch ungeschickte Leitung entmutigt werden, da alle Fehler hierin nicht nur Zeitverlust bedeuten, sondern durch allzu späten Schluß auch eine Abspannung hervorrufen, welche nothwendig die Arbeitskraft am nächsten Tage beeinträchtigt, was bei den heutigen Verhältnissen nicht immer ohne Folgen sein dürfte.

Je schwerfälliger die Leitung in ihren Funktionen, desto schneller stellt sich das Gespenst der Amtsmüdigkeit bei den Leitern ein, und die Verwirrung wird gerade durch die wiederholten außerzeitigen Wechsel in den Funktionen gesteigert. Die agitatorischen Kräfte verbrauchen sich und Kandidatenmangel tritt ein. Wenn auch manchmal „Zureden hilft“, so wird desto mehr die Funktion als eine unfreiwillige Bürde empfunden und bald tritt das Dilemma von Neuem ein. Alles dies kann durch etwas Geschick verhindert werden.

Wir wollen deshalb hier einige praktische Fingerzeige geben.

Die Leitung muß stets bedacht sein, die Versammlungen so anziehend als möglich zu gestalten. Stets muß den Mitgliedern etwas geboten werden, was dem Vereinszweck entspricht und bei den Mitgliedern Liebe zum Verein hervorruft. Der Verein muß den Mitgliedern zum Bedürfnis werden, dieselben werden, wenn immer dem Zweck entsprochen wird, sich auf den Tag freuen, an dem Versammlung ist. An Stoff kann es nie fehlen, der wird stets in genügendem Maße vorhanden sein. Anziehende Vorträge über wissenschaftliche und soziale Themen, kurze Vorlesungen mit darauf folgender Diskussion etc. Diskussionen sind überhaupt besonders zu empfehlen, da bei denselben jeder Anwesende besonders zum Denken angeregt wird, das betreffende Thema vielseitiger besprochen wird und ferner, was nicht zu unterschätzen ist, sehr viel beiträgt, Redner heranzubilden, da Jeder logisches Denken sich anzueöhnen gezwungen ist, um seine Gedanken, seine Meinung Anderen in klaren, präzisen Worten mitzuthemen. Klarheit in allen Dingen muß als oberstes Prinzip anerkannt werden, weil nur dadurch die Hauptaufgabe der Organisation erreicht wird, die Mitglieder zu ziel- und klaffenbewußten Arbeitern heranzubilden, die im Stande sind, selbstständig zu denken und zu handeln, sich Urtheile zu bilden und Schlüsse zu ziehen und dadurch nicht immer der Spielball anderer Meinungen sind.

Der Vorsitzende muß die zu verhandelnde Materie stets klar, die wichtigsten Punkte, Zahlenangaben, Anträge etc., schwarz auf weiß vor Augen haben, so daß er durch diese eigene Ueberblicklichkeit stets den Faden festhält und jede Verknotung der Diskussion sofort entwirren kann. Außer dem Vorsitzenden aber hat auch der Schriftführer für sein Protokoll das allergrößte Interesse an einer praktischen und klaren Leitung, wenn das Protokollbuch ein wirkliches Spiegelbild und Nachschlagebuch für die Entwicklung des Vereins sein soll.

Bilden sich über einen Gegenstand schärfere Gegensätze heraus, so thut der Vorsitzende am besten, nachdem er die Meinung des Vorstandes, respektive seine Meinung als Mitglied einmal geäußert, sich in der weiteren Debatte möglichst neutral zu verhalten, besonders aber widerstehe er der Versuchung, seine Stellung zu einem parlamentarischen Uebergewicht zu benutzen. Er mag noch so fest überzeugt sein, daß seine Meinung die einzig richtige sei, nie lasse er sich so weit hinreißen, zu vergessen was seines Amtes ist. Kaltblütig muß er sehen können, wie die von ihm vertretene Meinung unterliegt, wenn die Majorität anders will. Gerade durch so sachliches, selbstloses Verhalten giebt er den Mitgliedern nicht nur einen Beweis echt demokratischer Gesinnung, sondern er fördert damit zugleich schärferes Denken und das Gefühl der Verantwortlichkeit bei jedem Ernstmeinenden.

Was den Kassirer hinsichtlich der Förderung der Vereinsinteressen betrifft, lassen sich allgemeine Grundsätze wohl nicht aufstellen, da seine Praxis nach den örtlichen Verhältnissen direkt zugeschnitten sein muß. Sein Einfluß erstreckt sich insofern auf die Belebung der Vereinsidee, als er die Stimme des Gewissens darstellt, welche die Mitglieder stets und ständig an ihre materiellen Pflichten erinnert, denn kein Kampf und Sieg ohne Opfer. Die sorgfältige finanzpolitische Abwägung aller Schritte ist seine Hauptaufgabe, bei welcher er sich die beste Unterstützung verschafft, wenn er möglichst häufig die Lage der Kasse kund giebt. Wenn aber bei der Budgetaufstellung oft die Thatsachen hinter den Berechnungen zurückbleiben, so überflügelt andererseits auch oft die gut vertretene und sonst gesunde Idee jede kalte Berechnung, wovon gerade die Geschichte der Arbeiterbewegung zahlreiche Beispiele giebt. Für derartige Eventualitäten sich ein scharfes Auge anzuschaffen, ist Sache des Kassirers.

Was die Beisitzer und Stellvertreter betrifft, so sind sie gerade diejenigen, die, weil sie keine bestimmte laufende Funktion haben, „ihre Nase überall haben müssen.“ Sie sollen Mitberather, besonders in den Vorstandssitzungen sein, aber auch in den Mitglieder-Versammlungen können gerade sie sich besonders verdient und nützlich machen. Wer hätte nicht schon beobachtet, wie bei Versammlungseröffnungen irgend etwas in den Arrangements nicht in Ordnung ist. Es ist die letzte Minute zur Eröffnung — die Glocke fehlt am Vorstandstisch; es ist kein Schreibmaterial am Tisch; der Referent ist zur Minute noch nicht erschienen, man weiß noch keinen Ersatz oder Rath zur Ausfüllung der Tagesordnung etc. Solche Fälle könnten aus der Erfahrung noch mehr angeführt werden, jedoch wird dieser Hinweis genügen, um zu zeigen, nach welcher Richtung die Beisitzer sich verdient machen können. Eine besonders dankbare Aufgabe für sie wird darin bestehen, sich um die eventuellen Gäste bekümmern. Jeder wird wissen, wie angenehm es einem noch unerfahrenen Kollegen ist, wenn er von einem eingeweihten Kollegen angesprochen und vertraut gemacht wird.

Eine derartige Wirksamkeit der Ausschüsse wirkt nicht nur regulirend auf das Vereinsleben, sondern diese eignen sich damit zugleich die Routine an, die sie zur Uebernahme eines bestimmten Postens, im Falle einer Vakanz, befähigt; denn wie wollte Jemand, z. B. als Vorsitzender, den geistigen Anforderungen, das ein solches Amt erfordert, genügen, wenn er nicht an kleineren Verhältnissen sein Auge geübt und erprobt hat, wenn er nicht die Bedingungen der nothwendigen Disziplin praktisch kennen gelernt hat? Dies wird jeder Genosse bestätigen, der sich zum ersten Mal in solcher Lage befunden.

### Kommunismus in Neu-Guinea.

In dem neuesten Heft der „Nachrichten über Kaiser Wilhelm-Land und den Bismarck-Archipel,“ (Berlin, Deutscher Verlag) macht der rheinische Missionar A. Hoffmann interessante Mittheilungen über einen theilweisen Kommunismus, den er unter den Eingeborenen dieses Schutzgebietes im Dorfe Bogadjim bei Stephansort wahrgenommen hat. Dieser Kommunismus umfaßt nicht alle Dorfeinwohner in gemeinsamem Verbands, sondern herrscht in Familienverbänden vor, aus denen sich die Dorfgemeinschaft zusammen setzt. Es besteht nämlich kein fest geordnetes Gemeinwesen unter einem gemeinsamen Oberhaupt, sondern es bestehen kleine Familienverbände mit einem Familienoberhaupt (Samo koba). In einem solchen Familienverband können auch Fremde aufgenommen werden, Kinder durch Adoption, junge Männer und Wittwen durch Heirath. Mehrere Familienverbände bilden gewöhnlich eine Dorfgemeinschaft; sie verbindet ein den Papuas der Astrolabebay gemeinsamer Geheimkult, Asa. Der für die Feierlichkeiten dieses Geheimkults bestimmte Platz und das darauf errichtete Haus sind Gemeingut des Dorfes, die in diesem Asa-Haus aufbewahrten Gegenstände aber (Masken, Hörner und Klappen) Privat-Eigenthum. Der Kommunismus in diesen Familienverbänden gestaltet sich nun folgendermaßen: Gemeinames Eigenthum jedes Verbandes sind 1. der Landbesitz, der genau von dem eines anderen Familienverbandes abgegrenzt ist, 2. die Fischereirechtigkeit an bestimmten Theilen der Flüsse und des Meeres, 3. die Jagdrechtigkeit, 4. die Bestände an Sagopalmen, 5. die Junggefellener oder Männerhäuser und die zu Versammlungszwecken dienenden Häuser, die von allen Männern des Verbandes benutzt werden, 6. Die großen Holztrömmeln. Die Wohnhäuser sind Privatbesitz. Die Plantagen der Eingeborenen werden entweder von der ganzen Dorfgemeinschaft oder dem einzelnen Familienverbande angelegt. Auch das Bäumefällen, Roden und Brennen in den Plantagen geschieht gemeinschaftlich; dann aber werden diese in Parzellen getheilt, welche den einzelnen Familien zugewiesen werden, und die darauf gezogenen Früchte gehören dem Eingeborenen und seiner Familie, doch muß er bei Festlichkeiten im Familienverband einen Theil davon besteuern. Obwohl der Landbesitz Gemeingut des Familienverbandes ist, gehören die darauf stehenden Fruchtbäume doch den einzelnen Personen und gehen nach des Besitzers an dessen Kinder und Verwandte über. Der Eingeborene darf sein Vieh nur füttern und mästen, aber nicht selbst schlachten und essen, sondern liefert es, wenn es zum Schlachten für gut befunden wird, gewöhnlich an seine Verwandten mütterlicherseits ab. Er kann aber trotzdem das Vieh nach Belieben verkaufen. Nach seinem Tode wird ein Theil des Viehbestandes beim Leichengelage aufgefressen, einen Theil erhalten die Verwandten mütterlicherseits und den Rest die Kinder, welche aber, wenn nicht genug vorhanden ist zur Befriedigung der Verwandten, an diese nachzahlen müssen. Was der Eingeborene in seinem Wohnhaus aufbewahrt, ist sein Privat-Eigenthum; die werthvollsten Hausgeräthe aber, die Holzschüsseln, die besten Speere und Pfeile, sowie die Kleidungsstücke, erben die Verwandten von mütterlicher Seite. Die Kinder erhalten nur je einen Kochtopf, eine Holzschüssel, einen Lendengurt, einen Speer, einen Bogen und einige Pfeile, außerdem die Geräte zum Fischfangen und die Werkzeuge (Beile und Spaten) aus dem

väterlichen Nachlaß. Ganz wie bei uns werden auch von den dortigen Eingeborenen die Schmucksachen sehr geschätzt, und zwar gelten als solche die Armbänder, der Tangschmuck, der Brustschmuck und die zu mancherlei Schmucksachen verwandten Hundezähne. Diese Gegenstände ersetzen im Handelsverkehr die Stelle des Geldes. Auch davon erben die Kinder nur je ein Stück, alles Uebrige die Verwandten mütterlicherseits. — Die Frau wird vom Mann gekauft, kann aber nicht mit vererbt werden. — Sie kann nach dem Tode des Mannes im Hause wohnen bleiben oder zu ihren Verwandten zurückkehren; bei einer abermaligen Heirath erhalten ihre Verwandten einen neuen Kaufpreis. Stirbt die Frau vor dem Mann, so erbt nicht der Mann, sondern nur die Töchter und Verwandten mütterlicherseits ihre Habseligkeiten. — Stirbt ein Kind, so erben dessen etwaige Hinterlassenschaft ebenfalls die Verwandten von mütterlicher Seite.

### Kann der Meister einem Gesellen für mangelhaft ausgeführte Arbeiten einen Lohnabzug machen?

(Entscheidung des Gewerbegerichts Hamburg.)

Die Tischlergesellen N. und T. klagten gegen den Frotteur und Tischlermeister B. auf Bezahlung von 161 Mk. für das Legen von Parkettfußboden im Marienkrankenhaus und in einem Bau auf der Hohenweide, die sie später auf 124,91 Mk. ermäßigten. Der Beklagte bestritt die Forderung nicht, verweigerte aber die Zahlung, da er in Folge der mangelhaften Ausführung der Arbeit 88,12 Mk. für Nachbesserungen und 87 Mk. für neues Ergasmaterial habe aufwenden müssen und deshalb noch 50,21 Mk. von den Klägern beanspruche.

Das Gericht verurtheilte den Beklagten zur Zahlung von 81,69 Mk. an die Kläger und in  $\frac{2}{3}$  der Kosten, während es den Klägern die mangelhafte Arbeit im Marienkrankenhaus mit 43,22 Mk. zur Last legte.

Aus der sehr eingehenden Begründung des Urtheils seien folgende Sätze hervorgehoben: Wenn ein Handwerksmeister eine für einen Besteller auszuführende Arbeit nicht allein ausführen kann oder will, sondern dazu Gehülften hinzuzieht oder die ganze Arbeit durch solche ausführen läßt, so ist es selbstverständlich seine Sache, solche Gehülften zu wählen, die dazu fähig sind, und sie ferner bei der Arbeit zu leiten und zu beaufsichtigen. Die Gehülften sind verpflichtet, den diesbezüglichen Anordnungen ihres Arbeitgebers Folge zu leisten. (§ 121 G.-O.). Bemerkt der Arbeitgeber, daß die angenommenen Gehülften nicht die Fähigkeiten besitzen, die übernommene Arbeit ordnungsmäßig auszuführen, oder leisten sie keinen Anordnungen keine Folge, so muß er, um sich gegen Schaden zu schützen und die Herstellung des versprochenen Werkes zu erreichen, die Arbeiten den bisherigen Gehülften entziehen und sie anderen Gehülften übertragen. Wenn die Arbeitnehmer den Anordnungen des Arbeitgebers durchaus keine Folge haben leisten wollen, also sich beharrlich weigern, den ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, wird der Arbeitgeber dann keinen Schaden erleiden, denn er kann sie auf Grund § 123 3 der Gewerbe-Ordnung ohne Kündigung entlassen. Wenn die Gehülften nicht die Fähigkeit besitzen, die Arbeit ordnungsmäßig zu verrichten, so kann der Arbeitgeber, wenn er so vorsichtig gewesen ist, von vornherein bei ihrer Annahme zu vereinbaren, daß das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung jederzeit gelöst werden könne, sie ebenfalls ohne Weiteres sofort entlassen. Ist die gesetzliche Kündigungsfrist aber nicht ausgeschlossen worden, so muß der Arbeitgeber, wenn er sie nicht bei einer anderen, etwa leichteren Arbeit beschäftigen kann und daher durch die Einstellung der neuen Gehülften Schaden erleidet, in der Regel selbst tragen. Keinesfalls darf der Arbeitgeber den unfähigen oder seinen Anordnungen nicht Folge leistenden Gehülften den vereinbarten Lohn für ihre Dienstleistungen vorenthalten, lediglich mit der Begründung, daß die Arbeiten schlecht ausgefallen und vom Besteller beanstandet seien, daß ihm durch die Umarbeitung ein Schaden erwachsen sei, den er den Gehülften in Gegenrechnung bringen wollen. Durch den Dienstvertrag wird derjenige, der Dienst zusagt, nur zur Leistung der versprochenen Dienste verpflichtet; eine Garantie dafür, daß durch diese Dienste das zu verarbeitende Werk auch zur Zufriedenheit eines Dritten (des Bestellers) ausgeführt werde, übernimmt der Arbeiter selbstverständlich nicht.

Sind die Dienste im Einverständnis des Arbeitgebers zu Ende geführt, so hat dieser die vereinbarte Vergütung zu gewähren, einerlei, ob das Arbeitsprodukt vom Besteller abgenommen wird oder nicht, bezw. ob dem Unternehmer durch die Nichtabnahme des Werkes etwa ein Schaden erwächst.

Nur in einem Falle steht dem Arbeitgeber ein Regress gegen seine Gehülften zu, nämlich dann, wenn er strikte nachweist, daß die Nichtabnahme des Werkes bezw. der ihm dadurch erwachsene Schaden thatsächlich nur oder hauptsächlich durch ihr Verschulden herbeigeführt ist.

(D. Gewerbegericht.)

Forderungen gestellt worden sind. Das heißt: Sand in die Augen streuen, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. Die Arbeitnehmer verwahren sich in ganz entschiedener Weise gegen jene Unterstellungen. Wahr ist, daß hier nur über die fraglichen und strittigen Punkte eine Klarstellung gefordert wurde. Wenn nun ferner geschrieben wird, daß die Unternehmer Verhandlungen angeboten haben, um den Ausstand zu vermeiden, so verhält sich die wirkliche Thatsache wesentlich anders. Es bestand zur Regelung von Streitigkeiten eine Kommission von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, welche den stolzen Namen „Schiedsgericht“ trug. Die Zusammensetzung eines solchen Schiedsgerichts war stets so, daß die Arbeitgeber durch ihren Vorsitz immer die Majorität und mit dieser das höchst sonderbare und zweifelhafte „Recht“ behaupteten. Die Einwendung, daß stets ein unparteiischer, also nicht an der Streitfache beteiligter Arbeitgeber den Vorsitz führe, spricht für sich selbst. Es muß doch Befangenheit vorliegen, da hier nur immer 2 Firmen in Frage kamen. Die beklagte Firma stellte einen, dahingegen die andere Firma 2 Vertreter. Von Unparteilichkeit kann hier aber keine Rede sein. Zu dieser höchst eigentümlichen Zusammensetzung haben die Arbeitnehmer längst das Vertrauen verloren. Bereits im Mai verzichteten deshalb die Arbeitnehmer-Vertreter an ferneren, auf dieser Grundlage basierenden Verhandlungen theil zu nehmen. Die Arbeitnehmer erklärten sich bereit, ein Einigungsamt anzurufen. Und so geschah dieses auch einzig und allein zuerst von den Arbeitnehmern, welche am 22. Juli den Herrn Beigeordneten Otto ersuchten, die Verhandlungen in die Wege zu leiten. Während dieser Verhandlungen sollen auch, nach der Meinung resp. Äußerung der Arbeitgeber, abermals weitgehende Zugeständnisse gemacht sein. In Wahrheit sind aber lediglich nur Klarlegungen einiger strittiger Punkte erfolgt. Nur eins muß bemerkt werden. Den Steinbrechern in Hockenua ist eine Erhöhung von 1—2 Pf. pro Stunde zubilligt worden, jedoch mit dem Bemerkten, daß die Leute, welche gleichfalls ausständig sind, nicht darauf rechnen dürfen, sofort Beschäftigung zu bekommen. Daß nun eine Verständigung bei der dritten Verhandlung nicht erzielt wurde, liegt nicht an den Arbeitnehmern. Auf die Verhandlungen selbst werden wir später zurückkommen. Wir bemerken aber noch hierzu, daß es nicht an uns liegt, der Veröffentlichung des Protokolls entgegen zu stehen, sondern wir haben bereits einen Antrag auf dem Rathhaus eingereicht, nach welchem die weiteren Verhandlungen öffentlich geführt werden sollen. Die Steinarbeiter haben es nicht notwendig, die Öffentlichkeit zu scheuen. Was nun die Einführung des Tagelohns vom März 1900 ab betrifft, so begründet nachstehendes die Forderung von selbst. Sollte man aber mit diesem nicht zufrieden sein, so können wir weitere Beweise führen, welche kund thun, wie die Seuche der Lungenschwindsucht sich nicht allein in unserm Beruf eingebürgert hat, sondern immer tiefer und tiefer in die Reihen blühender Menschenleben eingreift. Ueber die Gesundheitsverhältnisse unter den Steinmeisern bringt ein Bericht des Liegnitzer Gewerberathes (Band 1897, Seite 181) interessantes Material. Dort ist eine „Nachweisung der in den Jahren 1895 und 1896 bei der Firma Zeidler und Wimmel in Bunzlau beschäftigten Steinmeisern, soweit sie der Betriebskrankheit angehört haben, mit Angabe der Erkrankungen und Todesfälle“ abgedruckt. Nach dieser Nachweisung waren 1895 von 295 Steinmeisern 227 (77 pCt.) erkrankt, 65 (28 pCt.) der Erkrankten oder 22 pCt. von allen an Lungen- und Kehlkopfkrankheiten. Das Durchschnittsalter aller Erkrankten betrug 25, das der Lungen- und Kehlkopfkranken 34 Jahre. Von jenen 65 starben 14, d. h. 22 pCt.; das Durchschnittsalter der Gestorbenen betrug nicht ganz 36 1/2 Jahr. 1896 erkrankten von 272 Steinmeisern 208 (76 pCt.); davon an Lungen und Kehlkopf 63, d. h. 30 pCt. der Erkrankten oder 23 pCt. aller; die Erkrankungszeit war also gestiegen. Das Durchschnittsalter aller Erkrankten betrug 23, das der an Lungen oder Kehlkopf Erkrankten 32 1/2 Jahre; auch diese Zahlen sind noch bedenklicher geworden als 1895. Gestiegen war auch die Zahl der Gestorbenen; von jenen 63 starben 15, d. h. 24 pCt.; das Durchschnittsalter der Gestorbenen betrug nicht ganz 36 3/4 Jahre. Für den weiteren Verlauf des Ausstandes giebt noch folgende Resolution Aufschluß: „Die heut den 27. Juli 1899 in Kesselsdorf tagende und sehr stark besuchte öffentliche Distriktsversammlung der Steinarbeiter erklärt sich bereit, zu jeder Zeit durch ihre Vertreter in weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern unter unparteiischer Leitung des Herrn Bürgermeisters Salomon einzutreten.“ Die Versammlung erklärt ferner: „Wird eine Einigung über den fraglichen Punkt eingesehener Profile Pos. 22, sowie über die Tagelohnfrage für die Zeit vom März 1900 ab erzielt, und hat eine Regelung des Berliner Ausstandes, sowie der Arbeitsniederlegung bei der Firma Zeidler und Wimmel in Breslau stattgefunden, so sind die Arbeiter bereit, die Arbeit aufzunehmen.“

Bunzlau, den 29. Juli. Das Streikomitee.

**Celle.** Am 17. d. Mts. fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Der Vertrauensmann verlas die Abrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 1899. Einnahme 85,32 Mk., Ausgabe 81,10 Mk., Kassenbestand am 1. Juli 4,22 Mk. Die Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden und dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. — Vom 1. Juli werden hier 40 Pf. pro Stunde bezahlt, das haben wir durch festes Zusammenhalten erzielt; vorher gab es 35 Pf. pro Stunde. — Der bisherige Vertrauensmann Heinrich Körner wurde einstimmig wiedergewählt.

**Gröba b. Niesä.** Laut Bericht des „Steinarbeiter“ sollte für Gröba Bezug fern gehalten werden. Die Steinarbeiter standen mit der Firma Worch & Kompanie in Lohnverhandlungen. — Da kam der jetzige Bruchmeister Klinger aus Nieder-Baiern mit 15 Mann, die zu 1/4 organisiert waren, und nun wurden wir auf alle Art und Weise gedrückt. Diese Leute erhielten pro Stunde 50 Pf., bei elfstündiger Arbeitszeit, dagegen hatten wir im Afford nur die Hälfte. Wir konnten hiergegen aber nichts weiter thun. Ein Brief den wir an die Firma Worch & Kompanie gerichtet hatten, verfehlte gänzlich seinen Zweck. Der Herr genug von Baiern hereinkämen. Die Antwort, die wir von der Firma erhielten, versprach uns gleiche Arbeit, gleichen Lohn. Es sei nicht wahr, daß die Bairischen Kollegen 50 Pf. Stundenlohn bekämen, davon wäre ihm nichts bewußt. Er versprach sofortige Abhilfe, was leider bis jetzt noch nicht geschehen ist. Infolge dessen wurde einstimmig von uns beschlossen, die Arbeit niederzulegen, ein jeder solle sich andere Arbeit verschaffen. — Within ist die Zahlstelle für Gröba bis auf Weiteres aufgehoben.

Der Vertrauensmann legte seinen Posten nieder, weil er im Bruch die Skantine führt, und sie wegen Arbeitsniederlegung nicht einbüßen wollte. — Die Kollegen von Gröba bitten, den Zuzug nach hier fernzuhalten. — Alle Zuschriften sind zu senden an H. Hüttig, Gröba b. Niesä 7b. — Es sind im ganzen 15 Kollegen, die die Arbeit niedergelegt haben, 16—18, zum Schein organisierte bairische Kollegen und noch zwei hiesige arbeiten fort.

**Halle a. S.** Eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung welche hier am 27. Juli tagte, beschäftigte sich mit dem Streik der Bunzlauer Kollegen, und erklärte das Vorgehen derselben für gerecht. Da noch kein Bericht von Berlin eingegangen, soll die Geschäftsleitung ersucht werden, dahin zu wirken, daß in allen Orten, wo für die Berliner Firmen Arbeiten in schlesischem oder ähnlichem Material angefertigt werden, an diesen Orten die Arbeit einzustellen ist, denn die Millionenmänner werden in allen Orten, wo sie Bauten haben, Rohmaterial ansfahren und Steinmeisern einstellen und so den Streik illusorisch machen, daß dies aber nicht geschieht dafür haben die organisierten Steinarbeiter zu sorgen. — Um den kapitalkräftigen Berliner Größen einmal eine gründliche moralische Niederlage zu bereiten, beschließt die Versammlung im obigen Sinne zu handeln und verpflichtet sich, während des Ausstandes eine wöchentliche Extrasteuer von 50 Pf. zu erheben, auch wurden den hiesigen streikenden Maurern 30 Mk. und den Bau- und Erdarbeitern 20 Mk. bewilligt.

**Hof.** Am 29. Juli tagte hier eine Steinarbeiter-Versammlung. Die Abrechnung vom letzten Quartal wurde verlesen und richtig befunden. Nur ist zu bedauern, daß mehrere Kollegen keine Beiträge leisten und sich um die Organisation gar nicht kümmern. Namentlich sind es die fünf Kollegen der Sonntag'schen Werkstätte, welche nicht nur Ueberstunden, sondern sogar Sonn- und Feiertags arbeiten. — Im Weiteren wurde der Wunsch ausgesprochen, daß hier und da ein Bericht von der Agitations-Kommission in Schwarzenbach in „Steinarbeiter“ gegeben wird, damit die Kollegen in Fichtelgebirge auf dem Laufenden bleiben, hauptsächlich wie der Tarif durchgeführt wird, und was bei Ablauf desselben zu ändern ist. — Im Fichtelgebirge scheint überhaupt schon die Zuchtthausvorlage Gesetzeskraft erlangt zu haben, denn es herrscht schon seit Monaten eine Totenstille in der Organisation, die unter solchen Verhältnissen, wie sie jetzt liegen, nicht geboten erscheint. Betrachtet man die Massenausperrungen in Dänemark, die Streiks in Bunzlau und Berlin, wie das Unternehmertum jedes Mittel anwendet die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, da darf doch kein Arbeiter ruhig zusehen, sondern muß seine Rechte wahren. Das kann aber nur geschehen durch Anschluß an die Organisation. — Von mehreren Kollegen wird angefragt, ob es richtig sei, daß sich Kollege Schielein nicht mehr sehen lasse, da er die Sache im Fichtelgebirge angefangen hätte. Kollege Schielein erwidert, daß jetzt die Agitationskommission in Schwarzenbach ist, und er jederzeit bereit sei in die Versammlung zu kommen, wenn er von obiger Kommission den Auftrag erhält, da er die Sache nicht so leicht mehr machen kann, wie früher ohne Vergütung seiner Auslagen, also möchten sich die Kollegen an die Agitationskommission wenden. — In Nr. 30 des „Steinarbeiter“ Bericht: Kesselsdorf, ist vor Richard Seidel gewarnt. Derselbe war auch in Hof, lehnte ein Geschenk ab, kam aber nach einigen Tagen wieder und wollte das Jahrgeld nach Adorf vorgestreckt haben, zeigte Postabschnitte u. s. w. Auch wollte er Marken haben. Wir haben ihm erklärt, daß auf der Reise Marken nicht nötig sind, dies scheint aber von Auerbach, wo die letzten Marken in seinem Buch abgestempelt sind, nicht befolgt worden zu sein. — Betreffs der Aussperrungen wurde beschlossen, einen Betrag von der Ortskasse sofort abzuschießen und vom nächsten Samstag ab die Sammellisten von der Geschäftsleitung zirkulieren zu lassen. — Wir hoffen, daß durch moralische und finanzielle Unterstützung die Kollegen in Bunzlau und Berlin den Sieg davon tragen.

**Karlruhe.** Am 17. Juli fand in Hörden im Murgthale eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher der Kollege Kraft-Mannheim über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte. — Anwesend waren die Kollegen aus den Bruchdistrikten vom Murgthale. — Redner gab den Versammelten in trefflichen Ausführungen Gelegenheit, unsern Ziele näher zu kommen, und sich zu organisieren. Er schilderte die ersten Anfänge unserer Organisation, die Stellung des Arbeiters zum Kapital, die Unterdrückung des Koalitionsrechtes, die Leiden der Berufskrankheit, die gegenwärtige Situation im Baugewerbe, ging dann auf die sogenannte Zuchtthausvorlage über und tabelt das gleichgültige Verhalten vieler Kollegen. — Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, und erklärten sich 17 Mann bereit der Organisation beizutreten. — Es wurde bis zur nächsten Versammlung ein provisorischer Vertrauensmann gewählt. — Endlich ist auch unser Ruf in das Murgthale gedrungen. In Hörden bestand schon früher eine Zahlstelle. — Mögen nun aber auch die beizutretenden Kollegen darauf bedacht sein, in ruhiger und sachlichem Zusammenwirken unsere Sache zu fördern, und Mann für Mann dafür zu streiten, und dann werden wir eine Macht bilden, die sich durch nichts zurückschrecken läßt. — Kollegen vom Murgthale. Erscheint in der nächsten Versammlung zahlreich, und veranlaßt auch die nicht erschienenen, soweit dies möglich ist, mitzukommen. Es soll unser Stolz sein, endlich auch im Murgthale die Früchte unserer Arbeit zu sehen. Darum haltet fest zusammen, abonniert auch auf die Fachzeitung, die euch immer lehrreichen Stoff bietet, was für unsere Zwecke unbedingt notwendig ist. — Ihr werdet von den Karllsruher Kollegen mit Rath und That unterstützt, drum sorgt dafür, daß sich die Organisation über das ganze Murgthale ausdehnt. — Vorwärts zum Ziele!

**Köln.** Am 18. Juli fand hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Die Kommission, die in einer vorhergegangenen Versammlung gewählt war, erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Herren Wings und Jügen. Die Firma erklärte, daß sie wie früher den Forderungen, die sie bewilligt habe, nichts entgegenstelle, jedoch die Konvention verhindere durch Beschlüsse eine gütliche Vereinbarung; sie wolle aber in der Vereinigung der Meister den Antrag stellen, mit unserer Kommission zu verhandeln, doch glaube sie nicht, daß der Antrag Annahme finde. In der Diskussion wurde die in Umlauf gesetzte schwarze Liste genügend gekehrt und ein Antrag angenommen, die Staatsanwaltschaft auf diesen groben Verstoß gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung aufmerksam zu machen. Des Weiteren wurden die Streikenden ermahnt, wie bisher Männer zu bleiben und fest und treu auszuhalten.

**Mainz.** Am 20. Juli fand eine von 50 Kollegen besuchte Generalversammlung statt. Zu derselben waren zwei Genossen des Mainzer Gewerkschaftsrates erschienen, welche über die jüngst vorgenommene Kassenrevision Bericht erstatteten, die von den beiden Genossen und einem Kollegen der Agitationskommission aus Frankfurt a. M. vorgenommen werden mußte, da ein Kollege Braun sich die unüberlegte Äußerung erlaubte, der Vertrauensmann habe Gelder unterzuzahlen. Die vorgenommene Revision bewies (was bereits schon durch das Fachblatt bekannt gegeben), daß die Verleumdung auf Unwahrheit beruht. — Außerdem erklärte Braun öffentlich, „er habe den Verband zusammengebracht, er bringe ihn auch wieder auseinander; in vierzehn Tagen besteht der Verband nicht mehr.“ — Trotz wiederholter Einladung des Kollegen Braun, nach erwiesener Thatsache, die Versammlung zu besuchen, um seine unüberlegten Äußerungen öffentlich zurückzunehmen, war derselbe nicht erschienen, worauf Braun nach geheimer Abstimmung aus dem Verbanne ausgestoßen wurde.

**Mittweida.** Zur Korrespondenz in Nr. 27 des „Steinarbeiter“ geht uns folgende Berichtigung zu: „1. Die in dem Peterschük'schen Geschäft eingeführte sogenannte Prämie, welche den Arbeitern, die bis zum Jahreschlusse auszuhalten, am Jahreschlusse von dem Arbeitgeber gewährt wird, wird nicht gezahlt aus einem von dem Unternehmer zurückgehaltenen Theile des von dem Arbeiter verdienten Lohnes, sondern aus eigenen Mitteln des Arbeitgebers als freiwillige Zuwendung und Anerkennung für Aushalten in der Arbeit. 2. Der Unternehmer Peterschük hat auf den Antrag seiner Arbeiter auf Lohnerhöhung und Abschaffung der Prämie nicht die prohenhafte Antwort ertheilt: „wenn es nicht paßt, kann gehen“, sondern auf den Vorhalt der Arbeiter, daß sie anderwärts mehr verdienen, als bei ihm, nur erwidert: „Er wolle seinen Arbeiter halten, der sich anderswo zu verbessern glaube.“

**Ohlsdorf.** In einer am 27. Juli abgehaltenen Steinarbeiter-Versammlung wurde nach Verlesen der Quartalsabrechnung, welche für richtig befunden, Stellung genommen zu der Aussperrung resp. Maßregelung des früheren Vertrauensmanns von Hamburg, J. Arnold. Es wurde nicht gut geheißen, daß eine Organisation wie Hamburg so mir nichts dir nichts darüber hinweggeht. Opfer sollen gebracht werden und werden gebracht, aber welcher Kollege wird die Interessen seiner Mitarbeiter auf die Dauer vertreten, wenn er dann von allen Seiten verlassen wird. Die Ohlsdorfer Organisation hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und beschloß eine öffentliche Versammlung für Hamburg und Umgebung einzuberufen, um dieser Sache näher zu treten.

**Sternenfels i. W.** Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung fand am 23. Juli hier statt. Kollege Rothmund-Stuttgart sprach mit Energie für den Anschluß an die Organisation der Steinarbeiter Deutschlands. Seine Ausführungen fanden Gehör, die Zahlstelle wurde gegründet, auf das Fachblatt abonniert. — Es möge die neuwonnene Zahlstelle blühen und gedeihen. Adresse des Vertrauensmannes ist Fritz Häfner, Steinmeier in Sternenfels.

**Wiesbaden.** Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung tagte am 16. Juli in Unnendorf. Die Abrechnung vom verflossenen Jahr, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, wurde auch von den Anwesenden anerkannt. Als Vertrauensmann wurde Wilhelm Becker wiedergewählt, als Revisoren die Kollegen G. Ohm und H. Handge. Weitere Beschlüsse konnten nicht herbei geführt werden, weil die Kollegen in so geringer Zahl erschienen waren, daß man es nicht für rathsam erachtete. — Der Vertrauensmann wies darauf hin, daß die nächste Versammlung besser besucht werde, und ein jeder hierzu die nötige Agitation entfalten möchte. — Kollegen, es liegt an euch, wollen wir vorwärts schreiten oder den alten Schlenker gehen. Unsere Arbeitgeber werden dies auszunutzen wissen und uns werden die Augen geöffnet werden, wenn es zu spät ist. Deshalb erscheine ein Jeder zur nächsten Versammlung.

**Wiesbaden.** Am 23. Juli fand hier eine gutbesuchte Steinarbeiter-Versammlung statt. Die Abrechnung ergab, daß die Kassenverhältnisse sich etwas gebessert haben. — Betreffs Erhöhung der Beiträge wurde beschlossen, für dieses Jahr davon abzusehen. In Verschiedenem wurden von einigen Kollegen die Zustände der Krebs'schen Werkstätte geschildert. Diese Firma hat in Balduinenstein bei Dieß ihr Hauptgeschäft, und hier in Wiesbaden eine Filiale. Da ist eine Werkstätte-Ordnung, aus der einige Punkte angeführt werden mögen: Fünf Minuten zu spät kommen wird mit einer halben Stunde Lohnabzug geahndet. — In dringenden Fällen werden Ueberstunden und Nachtarbeiten verrichtet, jedoch zu dem gewöhnlichen Tagelohn. — An anderer Stelle heißt es: Die Auszahlung erfolgt von Woche zu Woche derart, daß bei jedem Zahltag die vergangene Woche bezahlt wird. Es bleiben also 8 Tage immer stehen. — Ferner: Jeder Mann hat, sobald er ein Stück Werkzeug gebraucht, es wieder an seinen Ort zu bringen, Zuwiderhandlungen werden mit 1 Mark bestraft. Ebenso wer Bier oder geistige Getränke während der Arbeitszeit trinkt. — Am Schlusse dieser Ordnung heißt es noch, daß Jeder, der anfängt, dort zu arbeiten, einen Vorschub bekommt, der nach und nach mit 2 Mark wieder in Abzug gebracht wird, bis eine Woche voll steht. — Ich möchte nun an die Kollegen Deutschlands die Bitte richten, wenn sie sich nach Arbeit umsehen, die Firma Krebs von Balduinenstein zu berücksichtigen.

## Rundschau.

**Gegen den Vertrauensmann der Hamburger Steinarbeiter J. M. Arnold** war, wie mitgeteilt, ein auf 1 Monat Gefängniß lautender amtlicher Strafbeschl. ergangen, weil er sich dadurch des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben sollte, daß er verschiedentlich in „Hamb. Echo“ bekannt gegeben hatte, die organisierten Steinarbeiter hätten über drei, namentlich angegebene Firmen wegen Nichtbewilligung des von der Organisation aufgestellten Lohntarifs die Sperre verhängt. A. beantragte richterliche Entscheidung gegen den Strafbeschl. und bestritt, daß erstens in der einfachen Mittheilung, es sei über die und die Firma die Sperre verhängt, überhaupt eine Verurtheilung zu erblicken sei, und zweitens, daß der § 154 der Gewerbeordnung auf den Fall Anwendung finde, wenn ein Arbeitgeber durch eine

der Organisation der Bauarbeiter den zahlreich erschienenen Steinarbeitern die Entwicklung des Baugewerbes als Beispielen aus den Lohnkämpfen der Bauarbeiter vor Augen. Die Zunahme der Organisationsziffern, der Mitgliederzuwachs, die taktisch klug durchgeführten Lohnkämpfe, die Errungenschaften der Maurer, Zimmerer, Steinsetzer u., auch die Tarifkämpfe der Steinarbeiter bieten Gewähr, daß es im Baugewerbe vorwärts gehe! Es sei der geeignete Zeitpunkt, auch hier im schwärzesten Winkel Deutschlands sich zu einer Organisation im Sinne der Steinarbeiterorganisation zusammenzuschließen.

Kedner bespricht dann noch die Fortschritte der Aufklärung im Beruf der Steinarbeiter und übrigen Bauberufe, die durch die Abhaltung des Bauarbeiterkongresses bewiesen hätten, daß sie ihre nächsten Aufgaben voll und ganz begriffen haben.

Erfreulicher Weise haben zur Schaffung der Deutscher Organisation 16 aus Wien zugereiste Steinmehnen, die schon vorher organisiert waren, bereitwillig beigetragen und hat sich bei dieser Gelegenheit der Nutzen der internationalen Beziehungen mit Deutlichkeit gezeigt.

Nach einer Erörterung der örtlich vorhandenen traffen Mängel auf den Steinmehlplätzen, schloß er seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag mit einem warmen Appell an die Versammelten, sich von nun an treu in den Dienst der Organisation und damit in den Dienst der Kultur zu stellen.

In der Diskussion gaben sich die Anwesenden das Versprechen, nicht mit einer örtlichen Organisation Halt zu machen, sondern in allen umliegenden Ortschaften planmäßig im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung agitatorisch vorzugehen und nahmen eine diesbezügliche Resolution an.

Unter den schwierigen örtlichen Verhältnissen, unter dem Druck der Behörden, wurde beschlossen, als Vertrauensmann der Steinarbeiter, den von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingesetzten Vertreter im Gewerkschaftsbureau, Genossen Tuskler, Kluckewitzerstr. 10, III, zu ernennen, der alle Angelegenheiten der Organisation zu erledigen hat, wie Empfangnahme des Materials, Einziehung der Beiträge, Vertrieb des „Steinarbeiter“ u.

Als örtlicher Beitrag wurde festgesetzt pro Mitglied und Woche 30 Pfennig.

Die auswärtigen Kollegen werden nunmehr dringend ersucht, die junge Organisation nach jeder Richtung hin zu fördern, namentlich müssen alle Zureisenden sich sofort anschließen und sich mit den noch zu ernennenden Platzvertrauensleuten in Verbindung setzen. Dies Vorgehen ist um so erfreulicher, als sich die Gründung dieses Vereins als eine gemeinsame That der getrennt marschierenden, aber vereint schlagenden Steinarbeiter und Bildhauer bezeichnen läßt.

## An die Steinarbeiter von Demitz-Thumitz und Umgegend.

Die Granitindustrie in dieser Gegend ist eine der bestentwickeltesten und blühendsten, und man könnte annehmen, daß die Arbeiterchaft dieses Berufes sich mindestens in leidlichen Verhältnissen befindet.

In Wirklichkeit bestehen jedoch hier grauenhafte Zustände. Die Arbeit in den Steinbrüchen, welche mit Anbruch des Tages beginnt und Nachts zwischen 9 und 10 Uhr ihr Ende erreicht, außerdem mit Lebensgefahr verbunden ist, wird dermaßen schlecht entlohnt, daß es kein Wunder ist, wenn bei Vielen trotz fleißiger Arbeit, die Noth an die Thür klopft, und sich die Verhältnisse innerhalb unseres Berufes von Jahr zu Jahr verschlechtern. Die Löhne für unsere Arbeitsleistung sind durch das hier übliche Konkurrenzsystem der Unternehmer derartig unregelmäßig und minimal, daß sie gar keinen Vergleich mit den Löhnen der Steinarbeiter anderer Städte aushalten können.

Auch trägt die Unsitte des Einstandgebens, welches in einer Höhe von 5—8 Mark und darüber noch hier besteht, viel dazu bei, die Kollegen von der Organisation fern zu halten.

Kollegen, das sollte anders werden! Sehen wir uns daher nach einem Mittel um, das im Stande ist, uns zu helfen. Dieses Mittel liegt schon lange klar vor uns, und überall sehen wir, wie die Steinarbeiter durch richtige Anwendung dieses Mittels ihre Lage verbessert haben. Das ist einzig nur eine straffe und feste Organisation.

Auch bei uns besteht eine Organisation, aber wie viele von euch stehen derselben noch fern, und erkennen deren Werth nicht an. Seid ihr gewillt, dieses noch länger mit anzusehen? Jeder Kollege sollte es als Pflicht betrachten, sich seiner Berufsorganisation zu erinnern und dieselbe durch seinen Beitritt zu stärken, weil die Organisation, die Vereinigung, allein das Mittel ist für die Befreiung der Arbeiter aus Abhängigkeit und Noth, für die Besserstellung und Hebung des arbeitenden Volkes.

Der einzelne Arbeiter ist machtlos, unter dem Zwang der drohenden Arbeitslosigkeit verrichtet er die Arbeit um

einen geringen Lohn, ja er läßt sich die Herabsetzung seines Lohnes gefallen, welches ihr alle schon am eignen Leibe erfahren habt.

Ganz anders stellt sich die Sachlage wenn die Steinarbeiter unseres Industriebezirkes organisiert und also solidarisch verbunden sind. Dann steht dem Unternehmer die ganze Gewerkschaft, beim Abschluß eines Vertrages über den Lohn, der Arbeit gegenüber. Wenn die organisierte Arbeiterschaft mit Arbeitseinstellung, der selbstverständlich eine längere gewerkschaftliche Bildung und Schulung vorausgehen muß, droht, dann entsteht für den Arbeitgeber die Gefahr der Geschäftseinstellung. Und den durch die Geschäftseinstellung erwachsenden Schaden, vielleicht sogar drohenden Ruin, fürchtet der Arbeitgeber noch mehr, als der Arbeiter die Arbeitslosigkeit.

Die Organisation wiederlegt sich mit Erfolg einem Uebermaß der Arbeitszeit, welche hauptsächlich mit dazu beiträgt, uns in kürzester Zeit zu Grunde zu richten, und mit der sittlichen Würde des Menschen nicht vereinbar ist. Sie setzt hygienische Forderungen durch, sie stemmt sich gegen die Beeinträchtigung staatsbürgerlicher Rechte, wie z. B. gegen die Entlassung von Arbeitern, die von ihrem Vereinsrechte Gebrauch gemacht haben; sie weist rohe Behandlung oder unbillige Zumuthungen seitens brutaler und sittenloser Poliere und Borarbeiter zurück, und wirkt erzieherisch und veredelnd auf die der Organisation angehörenden Arbeiter.

Darum Kollegen, wird es Zeit endlich einmal eure Gleichgiltigkeit über den Haufen zu werfen, gedenkt des Mittels eure Lage zu verbessern, und stellt euch nicht abseits, wenn es gilt der allgemeinen Arbeiterbewegung auch in unserer Gewerkschaft ein kräftiges Glied anzureihen.

Darum Kollegen, machen wir Ernst und zeigen durch massenhaften Beitritt zur Organisation, daß die Steinarbeiter nicht gewillt sind, fortwährend geduldige Ausbeutungsobjekte zu sein.

Auf zur Organisation, klug und besonnen gehandelt, dann werden auch in Demitz-Thumitz und Umgegend bessere Zustände Platz greifen.

Mit kollegialem Gruß.

Einige Kollegen aus hiesiger Gegend.

## Korrespondenzen.

(Wegen Raummangel mußten einige Korrespondenzen zurückgestellt werden.)

**Annaberg.** In einer am 24. Juli abgehaltenen Besprechung schilderte Kollege Goltzke den Zweck der Krankenkasse „Solidarität“ und es fanden sich 9 Mann welche ihren Beitritt erklärten. Alsdann wurde die Abrechnung vom 1. Stiftungsfest bekannt gegeben und für richtig befunden. Der Besuch war flau und somit hatte die örtliche Kasse einen Zuschuß von 23 Mark zu leisten. — Es ist ferner den Kollegen ihre Pflicht die anberaumten Besprechungen zahlreicher zu besuchen und fester zur Organisation zu halten, die Mängel zum Ausdruck zu bringen und dazu gehört, daß sämtliche Kollegen vertreten sind. Bei der Wahl der Revisoren wurden die Kollegen Neubert und Neßler, als Statistiker Kollege Gauthel einstimmig gewählt.

**Baugen.** Am 30. Juli fand hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Kollege Paul Bieweg-Pirna referirte über die Zuchthausvorlage. — Der Vertrauensmann las die Abrechnung vor, welche von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden, und wurde dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. — Als 1. Vertrauensmann wurde Ernst Schmatzke; als 2. Mor. Wefer gewählt. — Alle Anfragen und Sendungen sind an Ernst Schmatzke, Fischerpforte 5 in Baugen zu richten.

**Benstorf.** Am 30. Juli fand in Mehle eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. — Kollege Neuke legte die zweite Quartalsabrechnung vor, welche von den Revisoren für richtig erklärt wurde. — Genosse Harbshemer-Hildesheim referirte über den „Werth der Gewerkschaftskarteile und Arbeiter-Sekretariate für die Arbeiterschaft.“ Er verstand es den Anwesenden alles klar zu legen, und fordert in seinem Schlusswort auf, fest zur Organisation zu halten. — Kollege Müller ersucht, daß Gehörte zu beherzigen, sich dem Gewerkschaftskartell anzuschließen und einen Beitrag von 10 Pfg pro Kopf und Quartal zu zahlen. Die Beschlusfassung hierüber soll einer Urabstimmung überlassen bleiben. — Ferner berichtet Kollege Müller über Agitation und bemerkt, daß es sehr schwer ist am Sintel die Kollegen zu fesseln. — Im Verschiedenen wird betreffs Kollegen W. Wulf, der der Zahlstelle ca. 35 Mk. schulde, Kollege Neuke beauftragt, nochmals schriftlich zu versuchen und wenn kein Erfolg gerichtlich vorzugehen. — Ferner wird angeregt ein Stiftungsfest abzuhalten, und werden vier Kollegen gewählt, um die Sache in die Hand zu nehmen. — Kollege Müller fordert auf, die nächste Versammlung besser zu besuchen. — Die Zahlstelle Osterwald-Mehle bittet, daß Kollege Fritz Meyer, geb den 10. Dezember 1877 zu Benstorf, Kreis Hameln, Hannover, seine Adresse beim Kollegen Müller, Benstorf, Kreis Hameln angeben möchte. — Es liegt eine Regelung vor.

**Berlin.** Der Stand des Streiks der Steinmehnen hat eine wesentliche Aenderung, wie in der Versammlung, welche am 1. August im „Englischen Garten“ tagte, konstatiert wurde, nicht erfahren. Die Situation ist also nach wie vor günstig für die Ausständigen. Zur Kontrolle haben sich am Sonnabend bei der Lohnkommission 173 Verheirathete mit 272 Kinder und 159 Unverheirathete, insgesamt 332 Steinmehnen gemeldet, die am Streik beteiligt sind. Abgereist sind von den Ausständigen bisher etwa 50 Mann. 85 Steinmehnen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. Natürlich sind die Innungsmeister bestrebt, die Unternehmer zu veranlassen, die Bewilligungen rückgängig zu machen. In Bunzlau sind wieder Verhandlungen angebahnt. Doch ist seitens der Bunzlauer Steinarbeiter erklärt worden, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen werden, bis den Berliner die Forderungen bewilligt sind. In hervorragender Weise wird die Bewegung moralisch durch die Maurer auf

den Baustellen unterstützt. Das Gleiche geschieht auch von den Steinbildhauern, ebenso haben auch die anderen Gewerkschaften den Streikenden ihre Sympathie erklärt. Die Ausständigen selbst stehen einmüthig zusammen und sind gewillt, den Streik weiter zu führen, bis ihre Forderungen anerkannt werden. Sie weisen auf das entschiedenste die Behauptung der Unternehmer, daß der Streik ein frivol und damit der gemeinsam vereinbarte Vertrag gebrochen worden sei, zurück. Nicht nur, daß der frühere Tarif beständig von den Unternehmern umgangen und zu Ungunsten der Arbeiter durchbrochen wurde, kommt noch hinzu, daß die Vereinbarungen mit der alten Innung getroffen wurden, die sich längst aufgelöst hat und mit der gegenwärtigen Innung durch ihre eigene Schuld gar keine Abmachungen bestehen. Wie verlautet, sind die Unternehmer zum Theil gar nicht abgeneigt, den Stundenlohn von 70 Pf. und die achtstündige Arbeitszeit zu bewilligen, aber sie wollen einen Akkordtarif beibehalten, um dadurch in der Lage zu sein, ganz nach Willkür gute Arbeiten in Tagelohn und schlechte Arbeiten, wobei nichts verdient wird, in Akkord vergeben zu können. Darauf werden die Arbeiter unter keinen Umständen eingehen, weil sie mit diesem Lohnsystem in den letzten Jahren sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Nach längerer Diskussion, in welcher das Verhalten der Steinmehnpolier scharf getadelt wurde, da diese aus unseren Reihen hervorgegangen und jetzt die Rolle der Streikbrecher übernommen haben, und ferner auch darauf hingewiesen, daß die Innungsmeister von Berlin durch das System der Ausbeutung der Steinmehnen, welche frühzeitig auf den Kirchhof geschafft werden, in einem Zeitraum von kaum 20 Jahren zu Millionären geworden, wurde von der Versammlung gegen eine erhebliche Minorität ein Antrag angenommen, nach welchem die Lohnkommission den Unternehmern mittheilen soll, daß die Ausständigen auch jetzt noch bereit sind, zur Beilegung des Kampfes in Verhandlung zu treten. Außerdem wurde beschlossen, daß die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden 10 Proz. vom Verdienst bis auf weiteres abzuführen haben. Den Unverheiratheten wurde aufgegeben, bis zu Beendigung des Kampfes Berlin zu verlassen. — Anerkannt muß werden, daß von den vielen Italienern, welche hier beschäsigt, nicht einer abtrünnig geworden ist und auch die Verseker, welche die Fassaden, Treppen u. s. w. verlegen, haben sich einmüthig dem Ausstand angeschlossen, worüber die Herren Innungsmeister geradezu verblüfft sind. — Die Lohnkommission der Steinarbeiter hat dem Obermeister der Innung ein Schreiben übermittelt, in dem die Ursachen des Streiks dargelegt werden und gegen die in der Innungs-Sitzung vom 25. Juli erhobene Beschuldigung, daß der Streik von den Steinmehnen in frivol Weise vom Zaune gebrochen worden ist, protestirt wird. Es heißt darin: „Die Berliner Steinmehngesellen protestieren ganz entschieden gegen eine derartige Beschuldigung; sie erklären vielmehr, daß sie sich an den früheren Tarif nicht gebunden fühlen, weil derselbe Ende Februar 1898 abgelassen ist und die von beiden Seiten geführten Unterhandlungen zu keinem endgültigen Resultat geführt haben. Die 1898 gestellten Forderungen der Gesellenchaft: allgemeiner Tagelohn, achtsündige Arbeitszeit und 70 Pf. Minimallohn pro Stunde, sind von der Meisterschaft mit der Vertröstung auf bessere Zeiten zurückgewiesen worden. Die Berliner Gesellenchaft hat nun diese Forderungen auf's Neue erhoben, weil der Tarif von der Meisterschaft in vielen Fällen durchbrochen und vielfach nicht nach demselben bezahlt worden ist. Beweis dafür sind, da eine Innung nicht bestand, die fortwährenden diesbezüglichen Klagen der Berliner Steinmehngesellen, die in den öffentlichen Versammlungen vorgebracht wurden. Um Ruhe und Frieden wieder herzustellen, wurde deshalb in einer dieser Versammlungen beschlossen, daß auf jedem Blase von den daselbst arbeitenden Gesellen eine Rechnungs-Kommission zu wählen ist, welche die vorkommenden Differenzen zu regeln hat und die Stücke nachrechnen soll. Diese Kommission ist nun im Anfange wohl auf etlichen Plätzen geduldet, später aber nicht mehr geduldet worden. Auf anderen Plätzen wurde die Kommission überhaupt nicht anerkannt. Die Berliner Gesellenchaft hat nun die gegenwärtige Zeit als günstig erachtet, um Ruhe und Frieden auch für die Zukunft zu schaffen und aus diesem Grunde die obigen Forderungen aufgestellt. Sie erwartet von der Meisterschaft, daß sie im beiderseitigen Interesse die Forderungen so schnell wie möglich anerkennt. Die Gesellen werden dann sowohl hier in Berlin wie auch in Schlesien die Arbeit wieder aufnehmen und nach wie vor ihre Schuldigkeit thun.“ — Eine Antwort ist auf das Schreiben bisher noch nicht erfolgt und wird die Lohnkommission im Auftrage der Versammlung vom 1. August sich nochmals an die Innung wenden, um sie von der Bereitwilligkeit der Gesellen, mit der Meisterschaft in Verhandlungen zu treten, in Kenntniß zu setzen. Alle Briefe und Sendungen sind während des Ausstandes an Fritz Vorkauf Berlin, Alexanderstr. 27c zu richten.

**Brandenburg.** Am 31. Juli fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt, welche sich mit den jetzigen großen Streiks befahte. Da hierüber Meinungsverschiedenheiten herrschten, speziell über die Berliner Forderungen, wurde, so gut es vom Ort aus ging, die Sache klargelegt und nach eingehender Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 31. Juli im „Mergers Volksgarten“ tagende Steinarbeiter-Versammlung erklärt hiermit, die gerechte Sache der Bunzlauer Kollegen zu der ihrigen zu machen und selbige nach Kräften zu unterstützen. Ebenso spricht dieselbe ihre Anerkennung den Berliner Kollegen gegenüber aus für ihre solidarische Haltung und erkennt es an, daß dieselben bei dieser Gelegenheit ihre alten Forderungen gestellt haben.“ — Hierauf erfolgte Abrechnung vom Sommervergnügen, welche einen Ueberschuß von 4,80 Mk. ergab. — Betreffs Anschluß an den deutschen Unterstützungsverband „Solidarität“, wurden die erhaltenen Statuten berathen und vertheilt und soll in der nächsten Versammlung darüber Beschluß gefaßt werden.

**Bunzlau.** Eine öffentliche Versammlung der ausständigen Steinarbeiter des ganzen Distrikts, in welcher die jetzige Lage des Streiks und weitere Maßnahmen besprochen wurden, tagte am 4. August in Neu-Warthau. — Steinmeh Arnold stizirte zunächst kurz die jetzige Lage des Streiks, bei dem es sich befaßlich nur noch um zwei streitige Punkte handle, nämlich um die vertragsmäßige Ausführung des § 22 des Tarifs seitens der Arbeitgeber und die Einführung des Tagelohns statt der Akkordarbeit vom 1. März 1900 ab. Bei Erwähnung der Thatfache, daß die Arbeitgeber die weitere Theilnahme an den von Herrn Bürgermeister Salomon vermittelten Einigungsverhandlungen abgelehnt haben, gab Kedner der Vermuthung Ausdruck, daß dies wohl ein selbstständiges Vorgehen des Herrn Pächte von der Firma Zeldler & Wimmel sein möge,

## Scharfmacherhebe und kein Ende.

V. Als der deutsche Reichstag vor Kurzem in unzweideutiger Weise gegen die Zuchthausvorlage Stellung nahm und der Reichsregierung eine empfindliche Niederlage bereitet, da beherrschte die gesammte Arbeiterpresse trotz der gewiß berechtigten Genugthuung dennoch überall derselbe Gedanke, daß die Zeit zum Jubeln noch nicht gekommen und das Ende der Entrechtungskampagne noch nicht abzusehen sei. Denn weder diejenigen der verbündeten Regierungen, die hauptsächlich an der Inscenierung des ganzen Kesseltreibens gegen das Koalitionsrecht theilhaftig sind, werden ohne Weiteres auf die Durchführung ihres in der Vorlage enthaltenen Gedankenganges verzichten, noch werden die Scharfmacher in Industriellen- und Junkerkreisen aufhören, die ersteren zur Verwirklichung dieser oder ähnlicher Pläne anzutreiben. Zudem ist die Kompromißlust der Nationalliberalen und Ultramontanen zur Genüge bekannt, und die Möglichkeit eines reaktionären Schachergeschäfts deshalb nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Bezüglich dieser angeführten Gesichtspunkte liegen ja auch bereits Äußerungen in mehrmals ausreichender Zahl vor, welche beweisen, daß der Kampf gegen das Zuchthausgesetz noch keineswegs am Ende ist, sondern lustig weitergeführt wird und jedenfalls noch manche Ueberraschungen im Gefolge haben dürfte. Die Erklärungen des preussischen Handelsministers Bresselt im preussischen Herrenhaus, gelegentlich der gänzlich unbefugten Stellungnahme des letzteren zur Zuchthausvorlage, laufen ganz hündig dahin, daß die Reichsregierung an der bisher vertretenen Auffassung bei weiterer Berathung der Vorlage selbstverständlich festhalten werde, sodaß also von dieser Seite ein Rückzug nicht zu erwarten ist. Wer etwa geglaubt hätte, die Regierung werde an ihrer ersten Niederlage genug haben, den befehlen auch die in der bekannten offiziös geleiteten Flugchriften-Vertriebsanstalt von Hülle und Konforten erschienenen Flugblätter und gelben Hefchen, mit denen das Land gegenwärtig förmlich überschwemmt wird, eines Besseren, denn darin wird die Propaganda für die Zuchthausvorlage ganz frisch und frei nach den Rezepten à la Deutschschrift weiter betrieben. Daß die dem naiven Leser darin aufgetischten „Beweise“ für die unbedingte Nothwendigkeit von Strafverschärfungen von der Wahrheit möglichst weit entfernt sind, kann nicht verwundern. Mußte doch J. B. Graf v. Pofadowsky selbst zugeben, daß die Erzeugnisse des Herrn Hülle nicht immer mit der Wahrheit vereinbart seien, ebenso wie manche Einzelheiten der famosen Deutschschrift, die angeblich nur „der Vollständigkeit halber“ aufgenommen worden seien. Es hieße, den Nachwerken zu viel Ehre anthun, wollten wir uns mit deren Behauptungen und Verdrehungen weiter befassen. Ihre Verbreitung zeigt aber, daß die Gegner der Koalitionsfreiheit kein Mittel scheuen, um bis zur Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen die Volksmeinung umzufälschen und die bürgerlich-oppositionellen Parteien den bürgerlichen Angstmeier auf den Hals zu heben.

Auch die Scharfmacherpresse rüstet keineswegs ab, sondern heßt in der frivolsten Weise weiter, und da gerade die Hundstagshebe mittlerweile zu wirken beginnt, so verfeilt sich die Wuth der Reaktionäre zu den extremsten Forderungen. Reichstagsauflösung im Falle der gänzlichen Ablehnung der Vorlage ist noch das Mindeste; verfeilte und offene Staatsstreichs-Empfehlungen und ähnliches ist man ebenfalls in dieser Saison gewöhnt. Besonders werden von jener Seite zwei Ereignisse der letzten Wochen stark fruktifiziert, nämlich die Unruhen der polnischen Bergarbeiter bei Herne und das Telegramm des deutschen Kaisers an Geh.-Rath Hinzpeter wegen des Bielefelder Denkmals. Darnach sollen gerade die Krawallscenen und Gewaltthätigkeiten, die sich junge, unorganisirte polnische Schlepper und Tagelöhner zu Schulden kommen ließen, die Nothwendigkeit der Zuchthausvorlage bestätigen, und die Zechenorgane und deren Zeitungssippen haben keinen Augenblick gezögert, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Verantwortung für diesen Streik anzuhängen. So verkündete auch die Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, daß durch den Herneer Streik die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen jedenfalls akuter geworden sei und daß unbedingt „etwas“ geschehen müsse. Dabei wurde aber nicht bloß die Thatsache verdreht, daß die Streitenden mit der modernen Arbeiterbewegung nicht die geringste Berührung hatten, sondern auch verschwiegen, daß der Streik dem terroristischen Verhalten der

Zechendirektion zu danken, die jede Anhörung der sich wegen höheren Knappschaftsstaffenabzügen benachtheiligt fühlenden Arbeiter verweigerte. Uebrigens ist es bezeichnend, daß die Kohlenzechen seit Jahrzehnten hunderttausende polnischer Arbeiter herangezogen haben, obwohl deren Neigungen zu Erressen und Messerfechereien sowie anderen Gewaltthaten zur Genüge bekannt sind. Mit allen Mitteln wurde die Polenzufuhr gefördert und die Leute in ganzen Kolonien der Werke untergebracht, um sie ängstlich vor jeder Berührung mit organisirten Arbeitern abzuschließen und in ihrer rohen Unwissenheit zu erhalten. Schrieb doch die „Deutsche Berg- und Hüttenarb.-Ztg.“ über diese Isolierung der polnischen Arbeiter: „Kein Lufthauch modernen Empfindens dürfe an sie heran. Die Vertrauensleute des Verbandes liefen Gefahr geprügelt zu werden, wenn sie in die Polenkolonien zu gehen versuchen wollten.“ Nun dieser so fürsorglich eingehetzte Menschenhaufen den Zechenbaronen den blinden Gehorsam aufkündigte und streifte und dabei einige bedauerliche, aber nahezu alltägliche Ausschreitungen beging, soll auf einmal nur ein Zuchthausgesetz im Stande sein, solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten. Wir meinen, daß an den Ausschreitungen wohl in erster Linie diejenigen die Schuld tragen, die diese polnischen Arbeiter in die Kohlenreviere gelockt und durch unwürdige Behandlung zum Streik gereizt haben.

Außerdem zeigen aber auch die bereits zahlreich erfolgten Verhaftungen und Vorbereitungen zu einem Massenprozeß wegen Aufruhrs, daß die Strafgewalt keineswegs um Handhaben verlegen ist, gegen die Ausschreitungen vorzugehen, im Gegentheil werden sicher viele Jahre Zuchthaus verhängt werden über die unwissenden Opfer des Kapitalismus. Der beleidigten Gerechtigkeit wird mehr als Genüge geschehen und nur die auf Unternehmerseite zu suchenden intellektuellen Urheber der traurigen Ereignisse werden leer ausgehen, wie sich das unter den heutigen Verhältnissen ganz von selbst versteht. Aus diesem Ausstände aber beweisen zu wollen, daß die Zuchthausvorlage angenommen werden müsse, dazu kann sich nur der verbobrieste, gegen jede Wahrheit unempfindliche Reaktionär versteigen, dem solche Vorkommnisse willkommen sind und der nöthigenfalls auch bereit wäre, sie herbeizuführen, wo sie sich nicht zufällig von selbst einstellen. Gerade der Herneer Ausstand hätte ohne die terroristische Provokation von Seiten der Zechenverwaltung sicher vermieden werden können und bei organisirten Arbeitern wäre er überhaupt unmöglich gewesen, da diese ihre Disciplin vor solchen Dummheiten bewahrt.

In Betreff der Kaiser-Depesche an Geh.-Rath Hinzpeter, anläßlich des auf dem Sparenberge aufzustellenden Denkmals des Großen Kurfürsten, die die Versicherung enthielt „den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Troß weiterzugehen“, ist ebenfalls von der Scharfmacher-Presse ein Triumphgeschrei angestimmt worden, da deren Meinung nach die genannte Auslassung des Kaisers nur auf den Widerstand des Reichstages gegen die Zuchthausvorlage bezogen werden könne. Man kommentirt diese Kundgebung in der gewagtesten Weise, indem man dem Kaiser Absichten unterschiebt, die mit legalen Regierungswegen nichts gemein haben. — Würden sozialdemokratische Preßorgane Aehnliches nur annähernd äußern, dann hätte sie bald der Staatsanwalt wegen Majestätsbeleidigung an den Krage. Aber, was auch der eigentliche Sinn der dunkeln Telegramm-Worte sein möge, jedenfalls kommen sie den Scharfmachern recht gelegen, die ihre Hegereien gern mit dem Mantel der unangreifbaren Autorität zu decken, ohne sich daran zu erinnern, daß sie damit dem noch vorhandenen monarchischen Empfinden bloß den Todesstoß versetzen.

Indeß hat die Erörterung der Zuchthausvorlage noch ein anderes Tagesbild aufgerollt, auf das sich die reaktionäre Preßmenten mit wüthendem Gebelzer stürzt. Bekanntlich hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer des Berliner Gewerbe-Gerichts an den Reichstag und den Bundesrath gemeinsame Anträge gerichtet, den Arbeitern die Koalitionsfreiheit ungeschmälert zu erhalten und die Zuchthausvorlage abzulehnen, bezw. zurückzuziehen. Diese Kundgebung war kurz vor der Reichstagsberathung veröffentlicht worden und hatte natürlich ihren Eindruck um so weniger verfehlt, als sie auch von berufenen Vertretern der Unternehmer unterzeichnet worden war.

Im Reichstage polemisierte bereits der konservative Zünftler Jacobskötter gegen diese Anträge und zweifelte deshalb die Unparteilichkeit des Berliner Gewerbegerichts an, — gerade, als ob die Zuchthausvorlage ein unparteiischer Gesetzentwurf wäre. Die kapitalistische Presse aber nimmt nun die gewiß formell

und sachlich gerechtfertigten Anträge zum Anlaß, um gegen die Gewerbegerichte überhaupt und gegen ihre Befugnisse und Wahlverfassung im Besonderen zu hegen. Allen voran natürlich sind die Organe des Hr. v. Stumm, die „Post“ und „Volkswirtsch. Correspondenz“, die den Gewerbegerichten am liebsten den Garaus machen möchten. Sehr gelegen kommt diesen nämlich der Umstand, daß der preuß. Handelsminister Bresselt den Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, Mag.-Ass. v. Schulz, zum Bericht über die erwähnten Anträge aufgefordert hat. Die „Volkswirtsch. Corresp.“ knüpft hieran die Bemerkung:

„Hr. Bresselt würde sich den Dank weiterer Kreise verdienen, wenn er sich zu einer Enquête über die Gewerbegerichte entschloße, schon um festzustellen, wie viel oder wie wenig von jenen Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind, die bei Erlass des Gewerbegerichtsgesetzes auf eine Förderung des sozialen Friedens gerichtet waren.“

Die „Post“ dagegen behauptet, daß das Berliner Gewerbegericht seine Kompetenz überschritten habe und daß bei demselben neben sozialdemokratischen Einflüssen fast allein die durch den Fabrikbesitzer D. Weigert vertretenen ausschlaggebend seien, die sich bisher stets gegen die Unternehmerschaft gerichtet hätten. Im Besonderen wird dem Handelsminister eine Aenderung des Wahlverfahrens für die Gewerbegerichte nahe gelegt, da die Wirkung des bisherigen Verfahrens nur eine Stärkung der sozialdemokratischen Machtstellung gewesen sei. Was die Stummpresse unter Aenderung des Wahlverfahrens versteht, das hat vor Jahresfrist die „Volkswirtsch. Corresp.“ in einem gegen die Gewerbegerichte gerichteten, gehässigen Artikel verrathen, in welchem sie die Abschaffung des direkten Wahlrechts und Wahl der Beisitzer durch die Gemeindevertretungen befürwortete. Statt der nothwendigen Erweiterung des Wahlrechts auf Frauen und auf das 21. Lebensjahr, wie solches auch das österreichische Gewerbegerichtsgesetz vom vorigen Jahre enthält, muthen die Scharfmacherorgane der Regierung eine komplette Wahlentrechtung zu, die mit einem Schläge das Schicksal der Gewerbegerichte besiegeln würde. Man ist zwar bereits gewöhnt, daß die Zulihige die größten Schamlosigkeit im reaktionären Lager ausbrütet, — aber ein ebenso berechtigtes, wie anerkanntes Vorgehen von Arbeitgebern und Arbeiterbeisitzern zum Anlaß eines Attentats auf die Gewerbegerichte zu stempeln, ist denn doch unerhört und verdient, niedriger gehängt zu werden.

Hr. Ass. v. Schulz hat sich in No. 42 der Soz. Praxis der Mühe unterzogen, das formelle Recht der Gewerbegerichtsbeisitzer, Anträge zu stellen und Gutachten abzugeben, als zweifelsfrei nachzuweisen, ohne sich in sachlicher Hinsicht irgendwie zu engagieren. Wenn der vorsichtige Vorsitzende am Schlusse seines Artikels aber zu einem gesetzlichen Verbot jeglicher Mittheilungen über solche Gutachten und Anträge an Dritte rath, so wird sich die Arbeitererschaft energig gegen einen derartigen Ausschluß der Oeffentlichkeit erklären. Was den Handelskammern recht ist, muß den Gewerbegerichten billig sein, und die Oeffentlichkeit wird dem Ansehen der Letzteren gewiß nichts schaden!

## Praktische Winke.

Die „Buchdruckerwacht“ giebt eine Reihe recht beachtenswerther Rathschläge über Vereinsleben. Sie schreibt:

Wie gestaltet man das Vereinsleben zu einer wahren Pflanzstätte echter Kollegialität, zu einer Schule der Disziplin und Solidarität?

Hierüber sich klare Begriffe und Grundsätze zu machen, ist in erster Linie Pflicht der jeweiligen Leiter; von der Prinzipienfestigkeit, Umsicht und Geschicklichkeit dieser hängt erfahrungsmäßig oft Fortschritt und Rückschritt ab. — „Der Vorstand leitet die Geschäfte“, so lautet gewöhnlich die Statuten. Abgesehen davon, daß ein Statut, überhaupt in einer durchgreifenden Bewegung, kein papierner Papst sein darf, so wird die ideelle Seite der leitenden Funktion nur zu oft hintangestellt. Die leitenden Genossen sollen nicht nur das Schwungrad drehen, sondern selbst schwungvoll die lebendige Idee des Vereins repräsentiren und die nothwendigsten Anregungen aus eigener Initiative geben, ohne auf das Spiel des Zufalls sich zu stützen, nach welchem an einem Vereinsabend gerade die Mitgliedschaft vertreten ist.

Die Idee des Vereins muß kurz und bündig in jeder Sitzung zum gelegentlichen Ausdruck gelangen, damit eventuelle Gäste Gelegenheit haben, sich zu informieren und so der Bezug unterstützt wird. Besonders

**Bersammlung verbiete und im eventuellen Falle die Gensdarmrie einschreiten lasse.** Auf Befragen, warum dieses geschehe, so glaubte der Herr keine Veranlassung zu haben, die Gründe anzuführen. Auf energischen Protest unsererseits gegen diese Maßnahme erklärte der Herr Baron frei und offen, daß wir wohl im Recht seien, er aber die **Gewalt** besitze, dieses Recht illusorisch zu machen. Sollte wirklich die geplante Bersammlung stattfinden, so lebe er morgen Abend nicht mehr.

Um nun Gewaltthaten vorzubeugen, wurde von der geplanten Bersammlung Abstand genommen und wird gegen diesen Herren klagar vorgegangen werden.

Wenn nun auch dieser Angriff durch Gewalt vereitelt worden ist, so wird doch die Aufklärung zur Befreiung der Arbeit nicht fortbleiben und wird diese genau so dort ihren Einzug halten als wie in den Gegenden, wo wir im vorigen Jahr noch nicht daran glaubten, heute eine Organisation zu errichten.

Dieses sind die junkerlichen Ansichten über das Vereinsrecht, und da wagt man noch im Reichstage auf jener Seite zu erklären, man wolle das Vereinigungsrecht den Arbeitern lassen.

### Quittung

über die vom 4. Juli bis 5. August 1899 bei der Geschäftsleitung eingelaufenen Gelder.

Königsheim D. L. 71,65; Striegau 300,—; Floß Oberpfalz 12,15; Hildesheim 55,75; Pilgramsdorff 163,10; Wiesbaden 100,—; Wittweida 43,40; Mehle-Osterwald 50,—; Meißner-Köln 60,—; Halle 60,—; Mühlhausen 42,80; Tschirnitz 207,60; Reifenhäuser 48,75; Schneeberg 190,—; Bruchmühl 20,70; Theuma b. Plauen 102,—; Rottwerndorf 113,50; Grimmitzschau 30,—; Chemnitz 80,—; Eisdorf bei Striegau 132,67; Dessau 54,60; Konstanz 54,20; Mannheim 4,—; Mehle-Osterwald 100,—; Magdeburg 156,44; Strehlen 20,—; Straßburg 100,—; Mainz 100,—; Braunschweig 40,—; Egg b. Meiten d. R. 32,75; Grimma 38,71; Burgpreppach 205,87; Stuttgart 100,—; Birgstadt 31,—; Hof 20,—; Wechselburg 160,—; Heilbronn 10,—; Warthau 620,38; Hannover 248,70; Frankfurt a. M. 100,—; Ober-Weilau 11,20; Auerbach 20,—; Mehle-Osterwald 36,90; Straßburg 5,—; Baugen 80,—; Riesa 200,—; Celle 33,40; Arnstedt a. L. 32,—; Miltenberg 80,—; Dösnabrück 49,20; Börlitz 22,75; Coburg 44,—; Deutmannsdorf 92,90; Kürnbach 20,—; Bayreuth 180,—; Kaiserlautern 43,—; Verdingen 22,15; Bremen 121,80; Springe 60,—; Altenhagen 177,20; Halberstadt 47,80; Frankfurt a. D. 52,—; Kiel 71,45; Nürnberg 100,—; Zittau 71,—; Hamburg 11 50,—, alte Schuld 42,30; Dhlsdorf 40,—; Wandersleben 80,—; Schwarzenbach a. S. 177,10; Ebersfeld 20,—; Brandenburg 17,60; Reifenhäuser 6,20; Pirna 310,—; Hameln (Zintel) 34,95; Konstanz 28,45; Droyßig 14,—; Demitz 122,50; Birkenfeld 4,—; Reudorf d. S. 162,60; Verla 28,—; Eisdorf bei Striegau 200,—; Budapest 33,96; Frankfurt a. M. 109,60; Rostock 39,60; Strehlen 6,—; Freiburg i. B. 20,—; Segau 40,—; Harburg (Elbe) 44,50; Straßburg 50,—; Nebra 40,—; Offenbach 20,—; Rothenbach d. M. 49,—; Ebersfeld 20,—; Wandersleben 9,85; Dresden 100,—; Weicha-Brandis 5,—; Annaberg 121,40; Schwerin i. M. 20,—; Ebersfeld d. R. 1,50; Dortmund 14,60; Diez a. Lahn 32,50; Welfensleben 114,80; Mondfeld 62,65; Alvensleben 31,20; Striegau 150,—; Rosenheim d. S. 1,10; ein Arbeitgeber Berlin 20,—; Kraftsdorf 12,—; Groß Rosen 5,25; Oppach 20,—; Hof 10,—; Leipzig 100,—; Aue 22,—; Kottitz 100,—; Segau 13,10; Coblenz 17,80; Halberstadt 12,—; Erfurt 75,—; Verla 10,—; Auerbach 18,50; Lössau 40,—; Magdeburg (Postbau) 2,95; Frankfurt a. M. 93,60; Düsseldorf 34,85; Tschirnitz 100,—; Mannheim 117,50; Fehrenheim 10,—; Deutmannsdorf 10,—; Tschhoe 20,—; Darmstadt 41,—; Mühlhausen i. Th. 22,75; Gotha 59,50; Reudorf d. S. 50,—; Mühlhausen i. Gf. 26,70; 11 Kollegen von Leisnig 5,40; Emtgart 70,—; Brandenburg 10,—; Segau 13,25; Marktneufkirchen 7,10; Schwarzenbach a. S. 67,—; Droyßig 25,40; Straßburg i. Gf. 100,—; Pirna 800,—; Grimma 8,10; Dresden 300,—; Mehle-Osterwald 100,—; Nebra 30 Mark.

Für die ausgeperrten Arbeiter in Dänemark sind ferner eingegangen:

Von der Geschäftsleitung 70,05; Hildesheim 44,25; Tschirnitz 21,—; Wittweida 7,75; Striegau 20,—; Groß Rosen 11,—; Mannheim 30,—; Wunsiedel 15,—; Gohlau b. Jopten 3,—; Budapest 50,99; Riesa 30,—; Bunzlau 35,60; Deutmannsdorf 14,75; Bruchmühl 7,—; München 12,50; Kaiserlautern 10,—; Plag Künzel und Hiller in Hohenau 12,—; Plauen 10,—; Mannheim 27,10; Halberstadt 13,50; Strehlen 6,—; Harburg 7,50; Gröba 6,—; Dresden 200,—; Weicha-Brandis 10,—; Berlin 11 8,90; Diez a. Lahn 9,—; Segau 13,25; Schwarzenbach a. d. Saale 50,— Mt.; bereits quittirt 244,96 Mt. In Summa 1000 Mt.

Eingegangen sind für die Steinarbeiter in Zürich: Berlin d. S. 3,—; Wenig-Ratwiz 41,—; Riesa 30,—; von der Geschäftsleitung 112 Mt. und 10 Pf.; München 12,50; Konstanz 16,—; Wandersleben 10,40; Brandenburg 5,—; Alt-Warthau 50,—; Reudorf d. S. 30,— Mark. In Summa 300 Mt.

Infolge der Beendigung des Auslandes in Zürich und des neu im Bunzlauer Distrikt und Berlin-Breslau ausgebrochenen Streiks sind weitere Gelder als Streifunterstützung unter den zuerst angeführten Quittungen zu finden. Die Einsender von Geldbeträgen werden ersucht, auf der Rückseite des Postanweisungsschnittes zu bemerken, wofür der gesandte Betrag ist.

Alle auf Sammelisten für die ausständigen Kollegen aufgebrauchten Gelder sind wöchentlich abzuliefern. Neue Sammelisten sind jederzeit erhältlich.

**Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.**  
J. A.: Paul Mitschke.

Rixdorf-Berlin, Steinwegstraße 14.

### Quittung

über die bei der Expedition des „Steinarbeiter“ eingelaufenen Gelder für die Zeit vom 4. Juli bis 5. August 1899.

Königsheim D. L. 6,60; Rixdorf, Thomas 1,80; Pilgramsdorff 7,80; Wittweida d. S. 18,—; Mehle-Osterwald 12,40; Meißner 13,—; Halle a. S. 15,90; Zell 17,55; Hannover, S. 15,60; Leopoldsthal 4,20; Mühlhausen i. Gf. 12,—; Tschirnitz 36,20; Schneeberg 33,60; Mehlau 2,70; Warthau 74,40; Wendisch, Buchholz —, 90; Sulzfeld 16,80; Krimmitzschau 7,50; Chemnitz 18,40; Eisdorf 67,33; Dessau 3,60; Konstanz 21,20; Mannheim 29,—; Goldbach 5,01; Klötzig 1,80; Neujorn 1,—; Babel 8,—; Strehlen 10,80; Birgstadt 2,—; Hof 1,80; Wechselburg 9,50; Heilbronn 7,20; Miltenberg 8,40; Berlin, Plag Meßing 7,80; Spielberg 4,80; Baugen d. Wefer 7,40; Oldenburg 2,60; Riesa 38,55; Celle 1,20; Bunzlau, Inf. Sch. 2,60; Düsseldorf 17,40; Deutmannsdorf 23,05; Kürnbach 15,—; Bremen 22,80; Kiel 9,—; Stuttgart 24,—; Berlin, Schulze —, 90; Kürnbach 15,70; Zittau 2,40; Schwarzenbach a. S. 40,20; Ebersfeld 4,60; Brandenburg 10,80; Warthau, Inf. 21,30; Greiz 3,60; Cronberg 4,20; Baugen d. Körrig 6,—; Berlin, Jüter 1,80; Plag Wimmel 18,—; Berlin II, Inf. 3,—; Pirna 263,70; Hameln (Zintel) 1,40; Konstanz 2,60; Demitz 25,20; Cassel 4,20; Verla 6,—; Eisdorf 109,—; Erfurt 12,—; München, C. Döswald 2,—; Berlin d. S. 1,85; Hornef 1,25; Floß 4,20; Speier 10,20; Wandersleben 24,—; Frankfurt a. M. 50,—; Straßburg d. B. 1,60; Offen 9,80; Fehrenbach a. M. 15,60; Osterburg —, 90; Oberhau —, 80; Burg b. Magdeburg —, 90; Berlin, Plag Jäger 5,40; Euttl 1,19; Annaberg 9,—; Braunschweig 12,30; Grefeld —, 90; Berlin —, 90; Diez 15,90; Bunzlau, Inf. B. 2,10; Rosenheim —, 90; Feuerbach 4,20; Ulm 2,—; Göln a. Rh. 15,—; Groß Rosen 7,80; Kottitz 18,—; Segau 9,60.

**Die Expedition des „Steinarbeiter“.**

J. A.: P. Mitschke.

### Briefkasten.

**Abonnet i. S.** Wenden Sie sich an Fritz Schmidt, Steinlittfabrik Freiburg i. Baden.

**Erfurt.** Bericht war wieder mit Bleistift geschrieben, mußte deshalb zurückgestellt werden.

### Anzeigen.

Am 25. Juli ist mir der Markenstempel mit der Aufschrift Zittau und Umgebung abhanden gekommen, vor Mißbrauch wird gewarnt. Sollte ein Buch ohne Marken etwa bloß mit dem Stempel versehen einem Plakaffirer vorgelegt werden, so bitte selbiges anzuhalten und mir mitzutheilen.

**Gust. Bräuer**

Vertrauensmann der Steinmeger von Zittau und Umgebung.

Ich bitte die Vertrauensleute oder Kollegen mir den Aufenthalt des Kollegen **Karl Tröbs** aus Nebra, wegen Familienverhältnisse, mitzutheilen.

**Otto Schlaf**, Steinmeger, Nebra a. U.

Sämmtliche Vertrauensleute werden ersucht, die Kollegen **Fritz Hahn** aus Erfurt, **Bernhard Stendörfer** aus Berned, **Richard Reiffert** aus Kulmbach und **Karl Hartmann** aus Bunzlau an ihre Pflichten zu erinnern, zum Theil liegen ihre Bücher hier, theils haben sie Verpflichtungen an Kollegen und Organisation.

**Alb. Singer**, Vertrauensmann Auerbach i. B.

Ich versende

**12 Stück Steinmegerknüpfel** aus prima Weißbuche für 10 Mt. sortirt von 15—19 cm Durchm., sortirt von 16—21 cm Durchm. von 12 Mt., alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

**Walter Lanterwald**, Gisleben.

**Jeder Arbeiter**

**Jeder Handwerker sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.

Alleiniger Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe und Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen,

die Hose **4,50 Mt.** (bei Entnahme von) Prima Manchester Hose . . . 8,— 5,50 Mt. Gefütterte Manchester-Jackett . . . 13,— 10,— Mt. Weißes Leder-Jackett, gefütterte, zweireihig 7,50 Mt. Weiße Leder-Hose, Prima Waare . . . 3,75 Mt.

**Baer Sohn**

En gros. Export. En détail.

Berlin S.-O. Berlin N., Brückenstr. 11. Chausseestr. 24a.

Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 16.

Die 13. Preisliste über gesammte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franko verschickt.

Versandt von 20 Mt. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittlänge.

### Tüchtige Steinmetzen

auf polierte Arbeit in schwedischem Granit erhalten dauernde Arbeit.

**A. Conradus**, Eisenach.

Geübte

### Granit-Steinmeger

werden gesucht vom

**Gölln-Meißner Granitwerk Oswald Köhler** in Meissen i. Sachs.

Akkord:

für schwarz schwed. Granit, schleif., Mt. 19,— pr. qm  
" roth Meißner " " " " 17,50 " "  
" " " Gran., mittlg., Bauarb., 13,— " "  
wobei die Kosten für Beschaffung der Schmiedeschärfe vom Steinmeger getragen werden.

5-6 tüchtige

### Granithauer

auf schleif. Arbeit f. Sommer- u. Winterarbeit sof. gef. Arbeitszeit 10 Stunden, 45 Pf. Stundenlohn.

**A. Schraep**, Granit-Industrie Rostock i. M.

Geübte

### Hand- und Maschinen-Granitschleifer

auf dauernde, gute und sehr lohnende Bauarbeit gesucht vom

**Gölln-Meißner Granitwerk Oswald Köhler** in Meissen i. Sachs.

Akkord:

Handschleifer: Mt. 24,— pr. qm, bez. Mt. 2,40 pr. Glied.  
Maschinenschleifer: Mt. 15,— pro qm, wobei die Kosten für Stahlsand, Schmirgel und Polierroth vom Schleifer getragen werden.

### Tüchtiger Mann gesucht

der Trennsäge für Granit und Marmor bedienen kann.

**Carl Krupp**, Frankfurt a. M.

Tüchtige

### Steinmeger

auf Granit und Syenit, aber nur Profil-Arbeiter finden dauernde Beschäftigung.

Verdienst im Tagelohn Mt. 4,50.  
" " Akkord " 5,— bis Mt. 6,—.

**Rupp & Moeller**

Marmor-, Granit- und Syenith-Werke, Karlsruhe i. Baden.

### Nachruf.

Am 28. Juni verstarb unser Kollege

**Otto Sturm**

im Alter von 19 Jahren am Herzschlag.

Am 8. Juli starb unser Kollege

**Theodor Teichert**

im Alter von 27 Jahren an der Berufskrankheit. Ehre ihrem Andenken.

**Die Organisation der Steinarbeiter von Erfurt.**

Im Juli erkrankte in der Unstut unser Kollege

**Bruno Ehrlich**

aus Schiedge b. Dresden im Alter von 26 Jahren. Ehre seinem Andenken!

**Die Organisation der Steinarbeiter von Nebra.**

Am 24. Juli verstarb der Steinarbeiter

**Friedrich Weibke**

im Alter von 43 Jahren nach 1 1/2 jähriger Arbeitsunfähigkeit an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken.

**Die Steinarbeiter von Altenhagen und Brünnighausen.**